

Landesplanung: Zukunft gestalten

Entwicklungschancen eröffnen – nicht begrenzen

Der Landesentwicklungsplan (LEP) legt die Leitlinien für Regionalpläne und die Bauleitplanung auf kommunaler Ebene fest. Der LEP regelt, welche räumlichen Entwicklungen in NRW künftig möglich sind, insbesondere, inwieweit Flächen für neuen Wohnraum, für Industrie- und Gewerbegebiete sowie für Verkehrsinfrastruktur auch zukünftig bereit gestellt werden können.

Das Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren ist inzwischen beendet. Die FDP zieht eine erste Zwischenbilanz.

Der bisher geltende LEP bekennt sich klar und eindeutig zur Vorsorge für die Entwicklung von Industrie-, Gewerbe- und Wohnbauflächen, von Verkehrsinfrastruktur, Lagerstätten-sicherung und Energieversorgung. Die FDP-Landtagsfraktion will diese Planungs- und Investitionssicherheit auch in Zukunft gewährleisten. Die bestehenden Entwicklungspotenziale in Nordrhein-Westfalen wollen wir erhalten. Denn Unternehmen und Arbeitnehmer brauchen Perspektiven – keine Restriktionen.

Im rot-grünen Entwurf findet man dazu nichts. Im Gegenteil: Notwendige Infrastrukturprojekte sind bedeutend schwerer zu realisieren. Dieser restriktive Planungs-Stillstand bedeutet eine massive Gefährdung von tausenden Arbeitsplätzen und einer lebendigen Stadtentwicklung.



Gute Rahmenbedingungen schaffen und Entwicklung auch in Zukunft ermöglichen

Die Landesplanung soll eine flexible, zukunftsfähige und auf langfristige Planungssicherheit gerichtete raumordnerische Gesamtkonzeption für ganz Nordrhein-Westfalen schaffen. Unsere Wirtschaft braucht Freiraum, damit sich Industrie, Handel und Handwerk weiter entwickeln können. Arbeitnehmer, Mieter und Eigenheimbesitzer und auch diejenigen, die es noch werden wollen, sollen ihr Umfeld weitestgehend so gestalten können, wie sie es wünschen – ohne ideologische Vorgaben und bürokratische Hürden aus Düsseldorf.

Der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion Christian Lindner kritisiert: „Die rot-grüne Landesregierung will aus unserem Land eine Art Freilichtmuseum machen. Das müssen wir verhindern.“

- Im ländlichen Raum, zum Beispiel im Sauerland oder in der Eifel, sollen kleine Ortsteile unter 2.000 Einwohner auf Eigenentwicklung beschränkt werden. Das heißt: Auch, wenn Bedarfe bestehen, können in diesen Regionen keine Neubaugebiete ausgewiesen werden. Kleine Kommunen stehen so vor dem Exodus.

- Für die Ausweisung von neuen Gewerbe- und Industriegebieten sowie Betriebserweiterungen werden bürokratische Hürden aufgebaut, die besonders von kleinen und mittleren Unternehmen kaum zu überwinden sind. Die Flächenausweisung sollte nach Ansicht der FDP jedoch stets mit der Bedarfsentwicklung und Ansiedlungsnachfrage im Einklang stehen.

- Der Straßenausbau wird auf den Bestand beschränkt. Ziel müsste im Interesse der Wirtschaft und der vielen tausend Pendler aber sein, die Überlastung der Straßen zu verringern.

Die Empörung bei Kommunen, Kammern, Verbänden und Bürgern ist groß. Die zahlreichen Stellungnahmen, Kommentare und Resolutionen, die beim Land eingegangen sind, zeigen: Die Landesregierung muss den LEP grundlegend überarbeiten.

- FDP-Antrag: Entwicklungschancen eröffnen, nicht beschränken

- Christian Lindner und Holger Ellerbrock: Rot-Grün muss LEP-Entwurf grundlegend überarbeiten

Parteiübergreifende Kritik am rot-grünen LEP-Entwurf

„Mit dem LEP, wie ihn die NRW-Landesregierung vorschlägt, würde die kommunale Planungshoheit unangemessen eingeschränkt.“ **Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW, Roland Schäfer (SPD)**

- Pressemitteilung „Zu viel Einschränkung im Landesentwicklungsplan“

„Die Unterzeichner betrachten mit Sorge, dass im neuen LEP-Entwurf die Bedeutung der wirtschaftlichen Entwicklung und die dazu erforderlichen Rahmenbedingungen nicht angemessen, sondern eher untergeordnet dargestellt werden.“ **Detmolder**

Erklärung der Fraktionen der SPD, CDU und FDP im Regionalrat Detmold

- Detmolder Erklärung

„In vielen Kreisen werden Investitionen und neue Arbeitsplätze auf der Strecke bleiben, weil die Flächen fehlen. Dann ist dort das Ende der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht.“ **Landrat des Kreises Paderborn, Manfred Müller (CDU)**

- Pressemitteilung des Landkreistags NRW vom 2. Dezember 2013

Die Wirtschaft in NRW warnt

Die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern in Nordrhein-Westfalen fürchten, dass der neue Entwurf des LEP die wirtschaftliche Entwicklung NRWs hemmt und auf Grund der im LEP verordneten Bremse für den Flächenverbrauch die Ansiedlungsmöglichkeiten neuer Unternehmen in den Kommunen einschränkt.

- IHKs und HWKs in Nordrhein-Westfalen nehmen Stellung zum Entwurf des Landesentwicklungsplans – LEP NRW